

Vereinbarung

zwischen

Stadt Heidelberg,
Rathaus, Marktplatz 10, 69117 Heidelberg
vertreten durch die Oberbürgermeisterin

- nachfolgend „Stadt“ genannt –

und

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Heidelberg e.V.
Adlerstraße 1/5 - 1/6, 69123 Heidelberg
vertreten durch den Vorstand

- nachfolgend „Träger“ genannt –

Präambel

Der Träger stellt gemäß § 11 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) Angebote der offenen Jugendarbeit in den Stadtteilen Wieblingen (dort im städtischen Gebäude Mannheimerstraße 278) und Pfaffengrund (dort im städtischen Gebäude Schwalbenweg 1/ 2) zur Verfügung. Die Stadt bezuschusst diese Angebote.

Zur Bestimmung von Qualitätsstandards, dem Leistungsumfang der Angebote durch den Träger sowie der Beteiligung der Stadt an den entstehenden Kosten wird nachfolgende Vereinbarung geschlossen.

Ziele, Inhalte und Methoden der Angebote der offenen Jugendarbeit orientieren sich an dem Wohl und den Interessen der Kinder und Jugendlichen. Sie sollen von diesen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.

§ 1

Gegenstand der Vereinbarung

Der Träger stellt nach Maßgabe der nachstehenden Regelungen für Kinder und Jugendliche im Alter von 6 - 18 Jahren in den Stadtteilen Wieblingen und Pfaffengrund Angebote der offenen Jugendarbeit zur Verfügung. Die Angebote sind für die Zielgruppe soweit frei zugänglich, wie es die personelle und räumliche Ausstattung nach dieser Vereinbarung ermöglicht.

§ 2 Zielbestimmung

Die Jahresziele für die zu erbringenden Angebote ergeben sich dem Grunde nach aus dieser Vereinbarung. Dabei gelten folgende Grundsätze:

- Der Träger gestaltet die Angebote nach dieser Vereinbarung grundsätzlich in eigener Verantwortung.
- Einmal pro Jahr werden zwischen Träger und Stadt gemäß dem aktuellen Bedarf und den Erfahrungen des Vorjahres die inhaltlichen Schwerpunkte und der Umfang der Angebote nach § 3 der Vereinbarung für das kommende Jahr besprochen und abgestimmt.
- Die themenorientierten Angebote sollen dabei an dem Bedarf der regelmäßigen Besucher ausgerichtet werden. Daneben sollen diese Angebote aber auch so gestaltet sein, dass sie neue Besucher ansprechen
- Erkenntnisse aus der Jugendhilfeplanung sind bei der Angebotsplanung angemessen zu berücksichtigen
- Die zielgruppenorientierten Angebote nach § 3, Absatz 4, werden vom Träger mit der Stadt ebenfalls im Rahmen des Controllinggesprächs jeweils für das folgende Jahr abgestimmt.
- Der Träger übergibt der Stadt jeweils bis 30.06. und bis 31.12. das Programm für das folgende Kalenderhalbjahr, das alle Angebote umfasst. Grundsätzliche Abweichungen in der Angebotsstruktur sind mit der Stadt abzustimmen.

§ 3 Angebote

Zu den Angeboten der offenen Jugendarbeit gehören die in den Absätzen 1 – 4 genannten Angebotsformen.

1. Grundangebot:

Für Kinder und Jugendliche im Alter von 6 – 18 Jahren wird während der Schulwochen an Wochentagen ein altersspezifisches und bedarfsgerechtes Grundangebot bereitgestellt.

Hierbei werden unterschiedliche nachfrage- und bedarfsorientierte Angebote (z. B. offener Treff, themenorientierte Angebote wie z. B. soziale, gesundheitliche, politische Bildung und Entwicklung, Sport, Spiel, Geselligkeit, schul- und familienbezogene Angebote) durchgeführt.

2. Ferienangebote:

In kleinen Ferien und in den Sommerferien stellt der Träger bedarfsgerechte Angebote für Kinder im Alter von 6 - 10 Jahren zur Verfügung.

Dies können je nach Bedarf im Stadtteil sowohl offene Freizeitangebote wie auch verbindliche Angebote mit Anmeldung sein.

3. Wochenendangebote:

Der Träger führt an Wochenenden offene Veranstaltungen für Jugendliche durch. Die Termine und, soweit möglich, auch der thematische Inhalt dieser Veranstaltungen wird zur besseren Koordination der Angebote in der Gesamtstadt mit dem Kinder- und Jugendamt sowie den anderen Trägern der Jugendarbeit vor Jahresbeginn abgestimmt.

4. Zielgruppenangebote:

Für die gezielte Arbeit mit einzelnen Kindern, Jugendlichen oder Gruppen werden spezifische Angebote vorgesehen. Die Ziele und Inhalte dieser Arbeit sollen sich an den Erkenntnissen der Jugendhilfeplanung und hier insbesondere an den Erkenntnissen orientieren, die bei der Auswertung der individuellen Hilfen des öffentlichen Jugendhilfeträgers erkennbar werden.

§ 4

Personelle Ausstattung

Der Träger verpflichtet sich, für die Durchführung der Angebote nach dieser Vereinbarung nur Personen einzusetzen, die sich nach ihrer Persönlichkeit dafür eignen und die eine der Aufgabenstellung entsprechende Ausbildung und/oder Erfahrung besitzen. Über die Eignung und Befähigung des hauptamtlichen Personals ist die Stadt bei Vertragsbeginn sowie bei Veränderungen in Kenntnis zu setzen.

§ 5

Finanzierung

- (1) An der Finanzierung der beschriebenen Angebote beteiligt sich die Stadt jährlich mit einem Zuschuss in Höhe von € 237.532.-
- (2) Die Stadt zahlt zusätzlich zu dem in Abs. 1 genannten Betrag einen (bei Vertragsabschluss noch nicht bezifferbaren) Zuschuss in Höhe von monatlich X Euro. Dieser Betrag X entspricht der vom Träger an die Stadt zu zahlenden Miete incl. der vom Träger zu übernehmenden Mietnebenkosten. Der genannte Betrag steht dem Träger ab Beginn des Mietverhältnisses mit der Stadt über die in § 8 genannten Räumlichkeiten zu.
- (3) Der städtische Zuschuss gemäß Abs. 1 wird jährlich um die prozentualen Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst fortgeschrieben. Die Fortschreibung erfolgt erstmalig für das Jahr 2007.
- (4) Auf den Zuschuss gemäß Abs. 1 werden in 3 Raten zum 15.01., 15.04., und 15.07. gleichmäßige Abschlagszahlungen in einer Gesamthöhe von 75 % geleistet. Die Auszahlung des restlichen Zuschusses erfolgt zum 15.10. d. J., wobei gegebenenfalls Haushaltsperren nach Absatz 6 zu berücksichtigen sind.
- (5) Der Zuschuss gemäß Abs. 2 wird quartalsweise zu den in Abs. 4 genannten Terminen geleistet und umfasst jeweils den Betrag für drei Monate. Fällt der Vertragsbeginn nicht mit einem der Auszahlungstermine zusammen, erhält der Träger für den dazwischenliegenden Zeitraum einen einmaligen Zuschuss, der sich anhand der Zeitdauer und unter Berücksichtigung des monatlichen Zuschusses in Höhe von X Euro entsprechend errechnet.

- (6) Auf die Zuschussgewährung gemäß Abs. 1 finden grundsätzlich die im Haushaltsplan der Stadt Heidelberg festgelegten Haushaltssperren bis zu einem Höchstbetrag von 3% des Zuschussbetrages Anwendung, soweit sie nicht aufgehoben werden. Diese Entscheidung ist bis zum 31.07. eines Jahres von der Stadt mitzuteilen. Falls dem Träger nicht alle Zuschüsse zur Verfügung gestellt werden können, hat der Träger das Recht, seine Leistungen anteilig zu kürzen.
- (7) Die Stadt ist berechtigt, die bestimmungsgemäße Verwendung der Zuschüsse zu überprüfen. Der Träger ist verpflichtet, die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und alle notwendigen Unterlagen auf Verlangen dem städtischen Rechnungsprüfungsamt vorzulegen. Bei nicht bestimmungsgemäßer Verwendung ist die Stadt berechtigt, die Zuschüsse zurückzufordern.
- (8) Der Träger ist berechtigt, für seine Angebote ein Entgelt zu erheben.

§ 6 Dokumentation

- (1) Zur Dokumentation der Angebote nach § 3 erstellt der Träger zu den Stichtagen 30.06. und 31.12. einen Controlling- Bericht mit den Ergebnissen des jeweils vorangegangenen Halbjahres. Hierin informiert der Träger über die durchgeführten Angebote, die Teilnehmerzahlen in den einzelnen Angebotsformen und die hierfür erforderliche Personalkapazität.
- (2) Bis zum 1.4. des Folgejahres legt der Träger jeweils einen ausführlichen Jahresbericht vor, der neben den Daten des Controlling- Berichtes zusätzlich auch über die Ziele und Qualitätsdimensionen der Arbeit informiert. Dieser Jahresbericht liefert die Grundlagen für die jährliche inhaltlich Abstimmung zwischen Stadt und Träger.
- (3) Der Träger verpflichtet sich, bei der Durchführung und der Dokumentation der Angebote die datenschutzrechtlichen Bestimmungen des SGB VIII einzuhalten.

§ 7 Vernetzung im Stadtteil

Zur ganzheitlichen Gestaltung der offenen Jugendarbeit im Stadtteil stimmt sich der Träger mit Institutionen ab, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten bzw. Angebote für diese bereitstellen. Dies sind insbesondere Schulen, Kindertagesstätten, Kirchen, Polizei, Kinderbeauftragte und Vereine. Die Abstimmung soll im Zusammenhang mit der Angebotsplanung stattfinden.

**§ 8
Liegenschaft**

- (1) Die Parteien beabsichtigen, für die von der Stadt dem Träger zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten in Wieblingen (dort im städtischen Gebäude Mannheimerstraße 278) und Pfaffengrund (dort im städtischen Gebäude Schwalbenweg 1/ 2) einen separaten Mietvertrag abzuschließen.

**§9
Verkehrssicherungspflicht/ Aufsichtspflicht**

- (1) Der Träger übernimmt für die zur Verfügung gestellten Räume die Verkehrssicherungspflicht.
- (2) Dem Träger obliegt dort die Aufsichtspflicht. Sie ergibt sich aus den gültigen gesetzlichen oder sonstigen Bestimmungen.

**§ 10
Inkrafttreten/ Dauer der Vereinbarung**

- (1) Die Vereinbarung tritt am 01.01.2006 in Kraft und wird auf die Dauer von 2 Jahren abgeschlossen. Sie ersetzt die Vereinbarung Teil II zwischen den Parteien vom 01.01.2006
- (2) Sie verlängert sich jeweils um zwei Jahre, wenn die Vertragsparteien ihre Zustimmung bis spätestens 7 Monate vor Vertragsablauf schriftlich erklären.

**§ 11
Beendigung der Vereinbarung/ Kündigung**

- (1) Die Vereinbarung kann mit einer Frist von 3 Monaten zum Monatsende aus wichtigem Grund gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn dem kündigenden Teil unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung bis zur vereinbarten Beendigung nicht zugemutet werden kann.
- (2) Im Falle der Kündigung sind die nach § 5 ausbezahlten Zuschüsse anteilig zurückzuzahlen. Dabei wird der Zuschuss gem. § 5 Abs. 1 je Monat mit 1/ 12 des dort genannten Betrages berücksichtigt.

§ 12
Salvatorische Klausel / Sonstiges

- (1) Von dieser Vereinbarung erhält jeder Vertragspartner eine von beiden Beteiligten rechtsgültig unterzeichnete Ausfertigung.
- (2) Nebenabsprachen außerhalb dieser Vereinbarung wurden nicht getroffen. Änderungen und Ergänzungen der Vereinbarung bedürfen der Schriftform; dies gilt auch für einen Verzicht auf die Schriftform.
- (3) Sollten eine oder mehrere Bestimmungen der Vereinbarung unwirksam sein, berührt dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht. Die Parteien verpflichten sich, die unwirksamen Bestimmungen durch wirksame zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck und der Zielsetzung der unwirksamen Bestimmungen möglichst nahe kommen.

Stadt Heidelberg

Arbeiterwohlfahrt Heidelberg

Beate Weber
Oberbürgermeisterin

Dieter Bächstädt
1. Vorsitzender